

Ausschussitzung der Zentralstelle im Rathause.

Unter dem Vorhabe des Bürgermeisters fand heute eine Sitzung des Ausschusses der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich statt, bei welcher der von der Wiener Stadtbuchhaltung geprüfte Rechnungsabschluß der Zentralstelle für die Zeit vom 13. Juli bis 31. Dezember 1914 beraten und genehmigt wurde. Die Gesamteinnahmen betragen 5.796.205 K. in Bargeld und 132.606 K. (Nennwert) in Wertpapieren. Die Barspenden betragen 2.380.633 K. ohne besonderen Widmungszweck, 940.558 K. für Ausspeisungszwecke, 9647 K. für Arbeitslose. Ferner sind für verschiedene Kriegsfürsorgezwecke 82.402 K. gespendet worden, welche Beträge an die verschiedenen Stellen (Hilfsverein vom Roten Kreuz, Kriegshilfsbureau, Kriegsfürsorgeamt u.) weitergeleitet wurden. Unter den Einnahmen befinden sich weitere 2.377.820 K. als aus Staatsmitteln rückerlegte Kosten für mittellose Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Posten: 366.570 K. an fortlaufenden Unterstützungen, 127.479 K. an einmaligen Unterstützungen, 452.243 K. an Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger, 117.579 K. für die Näh- und Strickstuben der Frauenhilfsaktion im Kriege, 207.000 K. als Beiträge an Fürsorgestellen, darunter 150.000 K. an die Fürsorgekommission für Angestellte, 16.850 K. für Weihnachtsbeteiligungen und 2.975.700 K. als Beiträge an die Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. Der schließliche Bestand beziffert sich mit 1.417.912 K. in barem und 132.098 K. in Wertpapieren.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete sodann über die Tatkraft des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien für die Privatangelegenheiten der Einberufenen. Dieser Bericht wurde dankend zur Kenntnis genommen. Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller erstattete einen Bericht über die Zentralstelle für die galizischen Flüchtlinge, an welchem sich eine längere Debatte anknüpfte und an welcher sich die Gemeinderäte Neumann und Skaret, Doktor Klobberg, Dr. Loewenstein und Dr. Schwarz-Hiller sowie Landesauschuß Mayer beteiligten. Doktor Klobberg stellte den Antrag, an die Regierung das Ersuchen zu richten, daß eine gemischte Kommission die Barackenlager der Flüchtlinge besichtige und geeignete Vorschläge über Verbesserungen zum Schutze der einheimischen Bevölkerung erstatte. Vizebürgermeister Hoff berichtete über die Tatkraft der Zentralstelle für die Handelsangestellten und Privatbeamten und legte den Rechnungsabschluß dieser Zentralstelle vor.